

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung  
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

**Was weiß die Landesregierung über Antisemitismus in den Schulen in Niedersachsen?**

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 15.06.2025

Antisemitismus stellt auch im Jahr 2025 eine reale, wachsende Bedrohung für jüdisches Leben in Deutschland dar. Antisemitische Vorfälle nehmen auch an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen zu. Dies ist nicht nur eine Herausforderung für die Schulgemeinschaften, sondern ein ernstzunehmendes Warnsignal für unsere gesamte demokratische Gesellschaft.

Laut einem Bericht des NDR vom 22. April 2024 ist „die Zahl antisemitischer Vorfälle in Niedersachsen (...) 2023 im Vergleich zum Vorjahr um 61 % gestiegen.“<sup>1</sup> Die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) habe demnach für das Jahr 2023 insgesamt 331 antisemitische Ereignisse dokumentiert - im Vorjahr waren es noch 208. „37 (Vorfälle) in Bildungseinrichtungen wie Schulen und Universitäten“ wurden demnach gezählt. Diese Zahl lässt auf ein zunehmend feindliches Klima auch in jenen Einrichtungen schließen, die eigentlich für Aufklärung, Toleranz und respektvolles Miteinander stehen sollten.

Die Leiterin der RIAS erklärte dazu: „Jüdische Menschen sind täglich auch in Niedersachsen Anfeindungen und Bedrohungen ausgesetzt und werden weiterhin für Entwicklungen verantwortlich gemacht, mit denen sie nichts zu tun haben, wie beispielsweise für die Handlungen des Staates Israel.“

1. Wie viele antisemitische Vorfälle wurden in den Jahren 2022, 2023, 2024 und im ersten Quartal 2025 an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Niedersachsen jeweils dokumentiert (bitte aufschlüsseln nach Jahr, Schulform und Region)?
2. In welcher Form traten diese Vorfälle auf (z. B. Beleidigungen, Bedrohungen, tätliche Angriffe, Sachbeschädigungen, Schmierereien, Verbreitung antisemitischer Inhalte im Internet etc.)?
3. In wie vielen Fällen wurden polizeiliche bzw. staatsanwaltliche Untersuchungen eingeleitet? In wie vielen Fällen führten die Untersuchungen zu gerichtlichen Verfahren? Wie viele Fälle führten zu außergerichtlichen Sanktionen (z.B. Strafbefehl)? In wie vielen Fällen führten die gerichtlichen Verfahren zu einer Verurteilung? Welches Strafmaß wurde durchschnittlich verhängt?
4. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung zu den Tätern bzw. tatverdächtigen Personen (z. B. Alter, Geschlecht, Schulzugehörigkeit, ideologischer Hintergrund)?
5. Welche Präventionsprogramme oder spezifischen Unterrichtsmodule gegen Antisemitismus werden derzeit an niedersächsischen Schulen eingesetzt, und wie werden deren Wirksamkeit und Reichweite überprüft?
6. Wird sichergestellt, dass antisemitische Vorfälle in Schulen zuverlässig erfasst und gemeldet werden - auch in Fällen, in denen die betroffenen Personen aus Angst vor Repressalien zunächst auf eine Anzeige verzichten -, gegebenenfalls wie?
7. Welche Schulungen und Fortbildungen für Lehrkräfte und Schulsozialarbeit existieren in Niedersachsen im Bereich Antisemitismusprävention, und wie viele Personen haben daran in den vergangenen drei Jahren teilgenommen?

---

<sup>1</sup> <https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/Zahl-antisemitischer-Vorfaelle-in-Niedersachsen-deutlich-gestiegen,antisemitismus428.html>

8. Plant die Landesregierung, ein landesweites, unabhängiges Meldesystem speziell für antisemitische Vorfälle an Bildungseinrichtungen einzuführen, oder gibt es ein solches bereits? Falls ja, (seit) wann? Falls nicht, warum nicht?